

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. Februar 1919

Anzeigepreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die längste Zeile; Anlauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 18

Zum Licht empor!

Die deutsche Arbeiterschaft hat im November des vergangenen Jahres die ihr der Zeit gewollt um ein auf Teil vorwärts gestellt. Dadurch wurde der gesamten Menschheit, auch die Kreise rücksichtslos einbezogen, die der Revolution feindlich gegenüberstanden. Dienste geleistet, die richtig zu verstehen, wohl einem kommenden Geschlechte vorbehalten bleiben muß. Groß und herrlich war die Tat für die Menschheit. Aber wir wären gewerkschaftliche Krieger, wenn wir Buchdrucker uns mit der politischen Erregung, die die Umwälzung für uns brachte, allein begnügen wollten.

Nein, das Gold, das uns hier geboten wird, hat mehr Wert, es hat Wert für uns als Gewerkschaftler und als Menschen. Grobener wir uns das Menschentum! Denn auch in der Republik wird es nicht ohne Kampf abgehen. Dann erst sind wir frei und losgelöst von allen Parteidogmen; und dann erst können wir frei daran gehen, unser Los in ethischer und finanzieller Beziehung schrittweise zu gestalten. Es soll uns Buchdruckern eine ganz besondere Lebensaufgabe sein, das Wort des bekannten Nürnberger Sozialpädagogen Dr. Staehlin „Lehr die Menschen, daß das eine, was nützt, nicht ist: alle Formen allein zu kürzen, sondern in den kommenden Menschen die Kraft der neuen Freiheit auszubilden“, an dem Nachwuchs unter uns in die Tat umzusetzen. Deshalb sind Erörterungen von sozialen und ethischen Fragen in den Veranlassungen unerlässlich. Neben der Mitarbeit in den typographischen Gesellschaften, müssen wir auch die in vielen Orten gebotene Gelegenheit zur Weiterbildung (die Volkshochschulkurse) in gewerkschaftlich-politischer Beziehung benützen. Der griechische Philosoph Sokrates lehrte die Erziehung des Menschen durch den Staat. Unser Leitmotiv muß aber lauten: Die Erziehung des Menschen für den Staat. Und dann werden wir wirklich auch geistig frei.

Der Imperialismus aller Länder hat seit Jahren unsere Wirtschaftsordnung befinstet; und als traurigste Erbe aus diesem Gigantenkampf ist uns das Problem aller Probleme, nämlich die Arbeiterfrage, geblieben. In diesem historisch-psychologischen Entwicklungskampfe waren es gerade wieder wir Buchdrucker, die am ungünstigsten abschnitten. Ich erinnere nur an die verhängnisvollen Kriegsjahre, als Beispiel aus allerjüngster Zeit. Wir Buchdrucker mußten bis Ende 1916 mit dem blanken Minimum auskommen, bekamen auch keine Zulagen von Lebensmitteln, da wir ja nicht Schwerarbeiter waren. Soll dieser Zustand kritikalisiert werden? Oder sollten wir nicht endlich mal versuchen, uns gegenwart und Zukunft menschenswürdig zu gestalten?

Es ringen in Deutschland gegenwärtig das historisch entstandene Staatswesen und eine bestimmte gesellschaftliche Klasse, das moderne Proletariat, als Träger und Vollbringer der Umwandlung vom feindseligen Individualismus zum autoritären Kollektivismus miteinander. Denn die Kapitalisten können nicht mehr als Diener und Förderer des Reichengleichheits angeprochen werden. Deshalb wünschen auch die breiten Massen rein instinktiv im Spiegel der ökonomischen und politischen Entwicklung eine Gemeinwirtschaft, die in Deutschland unter dem Namen „Sozialisierung“ und in England (siehe die neuen Forderungen des Bergarbeiterkongresses in Southports) als „Nationalisierung“ der Betriebe, zum politischen Schlagwort geworden ist. Um hier praktisch mitarbeiten zu können, muß die breite Masse unserer Gewerkschaftler aus der Unwissenheit emporgelassen werden. Hier kann nur eingehendes Studium der ökonomischen Gesetze, wie Krisentheorie, materialistische Geschichtsforschung usw. (lauter Lehren, die die Grundlage zu unserer heutigen Wirtschaftstheorie bilden) in dem in sich einschließenden Ideenkampfe helfend zur Seite stehen.

Zu dieser Arbeit brauchen wir aber die Mitarbeit aller Kollegen! Fort mit dem Schimpfen am Kassen! Auf zur Tat in den Veranlassungen! Die Aufklärungs- und Erziehungsarbeit kann von den Führern des Verbandes und dem „Korr.“ allein nicht geleistet werden. Hierzu bedarf es der Mitarbeit eines jeden. Glaube niemand, er sei nicht nötig; kefe ein jeder mit, den Giegespreis, der in nicht unerschwerter Höhe uns winkt (besseres Erlösensminimum), zu erringen!

Seit Jahren hat der „Korr.“ und zuletzt in Nr. 7 („Der Buchdruckerstandpunkt“) in großzügiger Weise den Kampf geführt gegen den größten Feind der Arbeiterschaft, nämlich gegen die Unfreiheit der großen Masse, geboren aus der Unwissenheit. Und die Vorgänge der

letzten Zeit, da ein Haufe unorganisierter Menschen es wagen konnte, den demokratischen Gedanken zu beludeln, beweisen die Richtigkeit der Worte Karl Marx, daß nur die Unwissenheit der Masse die Schuld trägt, wenn es nicht gelingt, Ursache und Wirkung der Produktionsweise in Einklang zu bringen. Zwei starke Stützen des Kapitalismus, Feudalismus und Militarismus, sind gefallen; aber schon erheben sich neue Stützen. Denn dunkle Mächte, zu denen ich die Sporkahuseute in allererster Linie zähle, sind schon eifrig im Werke, den internationalen, arbeitereindlichen und imperialistischen Kapitalismus stärker als vorher auf den Thron zu erheben. Wäre die Masse nicht in so großer Unwissenheit, in bezug auf Wirkung der jeweils gegebenen geistigen und materiellen Kräfte im Dienste unserer Weltwirtschaftsordnung, so würde man nicht so leichtens Herzens daran gehen, die Erregungskräfte des 9. November zerstören zu helfen, wie dies in letzter Zeit an vielen Orten von Menschen versucht wird, denen jedes Verantwortungsgefühl mangelt.

Gegenüber heißt es für uns Buchdrucker: Alle Mann ar Bord! Auf zur Wehr auch in der Öffentlichkeit! Vor allem aber auch Prehfreiheit in den Arbeiterorganen. Ich bin ein alter und eifriger Leser des „Korr.“ und weiß, daß hier immer mehr Prehfreiheit herrsche, als in andern Arbeiterorganen. Es schade aber gar nichts, wenn die Redaktionen der Arbeiterpresse (ich meine natürlich die parteipolitischen auch mit) Artikel aufnehmen, die, wenn sie auch nicht gerade in den „amtlichen“ Teil passen, man aber ganz ruhig in dem „nichtamtlichen“ veröffentlichen kann. Lobendes Beispiel haben wir da an den Organen unserer Prinzipale. Ich erinnere nur an die Ergüsse über die „aufgezwungenen“ Steuerungsulagen in der „Zeitschrift“, im „Seilungsverlag“ und im „Börtenblatt der Buchhändler“. Den Wert der Frucht in der Öffentlichkeit möge der Leser an folgenden Beispielen erleben. Die deutschen Lehrer, Beamten und Ärzte verfügen über eine modern ausgestattete Gewerkschaft und über gutgeleitete eigene Organe. Aber sie wissen auch den Wert, den die breitere Öffentlichkeit für sie hat, wohl zu schätzen. Alle Lohnfragen usw. werden nicht in ihren Fachorganen allein ausgetragen. Nein, sie treten mit ihren Forderungen an die breite Öffentlichkeit, indem sie mit ihren Waldzettel die führenden Parteiblätter aller politischen Richtungen überschwenmen und ihre Forderungen den Abgeordneten aller Parteien und allen öffentlichen Körperkassen zugänglich machen. Ja, sie gingen noch weiter, indem sie vor den Wahlen zur Nationalratswahl den neuen „politischen Parteien Fragen vorlegten, von deren Annahme oder Ablehnung sie es abhängig machen würden, die bestrebbende Partei zu unterstützen oder nicht. Die Beamtenschaft war es, die schon am 14. November 1918 in der Republik Eisner den Achtstundentag für sich forderte und erhielt. Lehrern und Beamten bewilligte man schon geraume Zeit vorher, bevor man an die Arbeiter dachte, hohe Steuerungsulagen — sogar rückwirkend. Die Ruhegehälter der Beamten, Lehrer usw. hat man während des Krieges in einer Weise aufgebessert, zu deren Deckung die Steuerzahler — also auch die Arbeiterklasse — viele, viele Millionen jährlich aufbringen mußten. Aber das regt niemand auf, denn „das deutsche Volk ist das seinem Beamtenstand schuldig“. Aber etwas ganz anderes ist es bei den Arbeitern, Altersrente, Invalidenfürsorge, noch ganz wie „anno dazumal“, nur hat man bei der Altersrente die Karenz auf 65 Jahre herabgesetzt und einige Mark pro Monat den Renteneinempfängern „Steuerungsulage“ gegeben. Nur zu geben, geht nicht, sonst „ist Deutschland vom Weltmarkt verdrängt“. — Diese Beispiele zeigen, wie die Macht der Öffentlichkeit ein und dasselbe als aufbauend oder zerstörend, je nachdem es ihr beliebt, auszuwerten kann. Diesen „Gewerkschaften“ ist aber die restlose Erfüllung ihrer „Lohn- und Arbeitszeit“-Forderungen erschwert worden durch die Interessierung der breiten Öffentlichkeit. Und deshalb findet alle Welt den Achtstundentag, die Steuerungsulage für die Beamten und Lehrerschaft als etwas ganz Selbstverständliches. Die gleiche Forderung — nur in etwas behebenderer Maße — aber von der Arbeiterschaft gestellt, findet jedoch die schroffe Ablehnung und hält sie auf die Dauer für undurchführbar und „nur dazu angetan, unser gesamtes Wirtschaftsleben auf Jahrbunderle hinaus zu zerstören und Deutschland vom Weltmarkt auszuschalten“.

Bei dieser Gelegenheit sei auch ein ernstes Wort über die Art und Weise, wie ein Teil unserer Prinzipale sich bei den letzten Steuerungsulagen der Beamtenschaft gegenüber zeigte, gesagt. In der Geschichte unserer Tarifgemeinschaft bedeutet dies wohl die unerfreulichste Erscheinung. Können unsere Prinzipale von der traurigen Tatsache, daß die Buchdrucker-Gewerkschaft zu der schlechtesten Arbeitergruppe — die gleichen hohen Bildungs- und Arbeitsbedingungen vorausgesetzt —, das Recht bereiten, diesen Zustand in einen ewigen umzuwandeln. Sind wir nicht auch Menschen und Staatsbürger, fühlen wir nicht auch den gleichen Hunger wie unsere bescheidenen Arbeitsbrüder? Fürwahr, hier zeigt sich, daß das Wort von der Mühsal am „Aufbau unfers armen Vaterlandes“ im Munde vieler Unternehmer zur wohlfeilen Marktwort herabgesunken ist und nur als Dekoration eines kapitalistischen Nationalismus dient. Deshalb, erwacht Kollegen, unsere Arbeit als Staatsbürger wie als Verbandsmitglieder muß es sein, forlan in klarerem Maße, als es bisher möglich war, mitzuhelfen, den Staats- und Wirtschaftskarren ein vernünftigeres Bahnen zu lenken. Der arbeitseidige Unternehmer kann nur mit arbeitseidigen Arbeitern den Konkurrenzkampf bestehen. Wo man dies noch nicht begreift, muß eben nachgeholfen werden. Auch den Kampf gegen die Buchhändler müssen wir aufnehmen, unsere Prinzipale allein tun es aus gewissen, eigenmächtigen Gründen ja nicht. Auch hier müssen die Vorstände, Zentral- wie Ortsvorstände, als vornehmstes Kampfmittel die öffentliche Meinung benützen. Denn Beweise in der Öffentlichkeit vorgebracht, wieviel Prozente z. B. die erhöhte Gehaltszulage ausmachen, und um wieviel Prozente man die „Neuauflagen der Bücher erhöhte, wirken sehr zu unsern Gunsten. Aber auch hier darf sich niemand vor dem Kampf oder der damit verbundenen Arbeit fürchten. Auch hier, Kollegen, heißt es „Neue Zeit“. Diese neue Zeit fordert aber auch solche Männer, die nicht die Zeit in dem Sinne vergeuden, indem sie den Bruderkrieg aus Selbstsucht oder, wie es mir oft scheinen will, im Dienste der Reaktion, zu entfachen suchen. Nein, die neue Zeit stellt mich vor die Pflicht, Brot für mich und meine Kollegen zu eritreien. Was hilft allein jede politische Freiheit — und sei sie mir bis zur Restlosigkeit verliehen —, wenn ich in der Bude beim Hunger ohne Ault bin? — Auch hier hat das Mehrerwort noch ewigen Kurswert: „Nur was der Augenblick erlaubt, das kann er nützen!“ Also, politische Gewerkschaftspolitik in erster Linie und Aufklärung der uns politisch fernstehenden Arbeitskollegen! Kollegen, leset aufmerksam die Artikel, die uns der „Korr.“ über Wirtschaftsfragen in so ausgezeichnete Weise bringt. Das ist die Freiheit, die der große Menschheitslieber Karl Marx meint und die wir jetzt als Kinder der Revolution zur Tat werden lassen wollen.

Wir Buchdrucker müssen uns endlich daran gewöhnen, daß die Macht einer Idee stärker oder schwächer werden kann, je nachdem sie vertreten wird. Machen wir die Öffentlichkeit auch für unsere Zwecke dienstbar; gegen uns wird sie mehr als uns lieb ist ausgenützt. Gehen wir nicht dem Kampf aus dem Wege mit den Worten, daß es ja doch nichts nütze, die bürgerlichen Wähler würden ja doch ihre Spalten Arbeitern gegenüber verließen oder, das ist unsrer nicht würdig, Gerade das Gegenteil trifft zu! Nur wollen wir man! Wollen wir im neuen Deutschland unser Los geistig und materiell heben, so müssen wir alle Wege, wenn auch neue, steinig, daruntersind, zu gehen versuchen. Wehe den Führern und Geschäftsführern, die die neue Zeit nicht verstehen. Die öffentliche Meinung für oder gegen sich zu haben, ist Millionen gleich zu bewerten. Der Kampf zwischen Kapitalismus und Arbeiterschaft wird sich im neuen Deutschland, also in der Republik, in viel schärferen Formen abspielen, als es bisher der Fall war. Der Urkracke sind gar viele. In erster Linie sind es wohl die Kriegsschulden und der durch sie verminderte Gewinn; des weiteren die Unmöglichkeit, die Verluste durch den uns infolge des verlorenen Krieges entrisenen Weltmarkt aus der Arbeiterschaft herauszuholen. Nun wird zwar in nächster Zeit die Kräfteverteilung zwischen Kapitalismus und Arbeiterschaft eine gleiche sein, und es wird sich die Austragung der Interessenkämpfe allein durch rohe Gewalt als undurchführbar erweisen. Deshalb ist es doppelt notwendig, daß der Kampf mehr in der breiteren Öffentlichkeit auch von der Arbeiterschaft geführt wird. Seither verstanden es die Kapitalisten gar meisterhaft, die Öffentlichkeit vor ihren Karren zu spannen.

Nehmen wir auch in Fällen, wo es sich scheinbar um ganz eigene „Familienangelegenheiten“ unserer Prinzipale handelt, eine andre Haltung als bisher ein. Weg mit der Schmutzkonkurrenz, was mit der öffentlichen Vorgebung der behördlichen Druckaufträge an den Willigsten! Reformierung der amtlichen Bekannmachung! Wie dieses zu machen ist, sei im Einzelnen den örtlichen Vorständen überlassen. Aber unter keinen Umständen lau oder zag-

hakt sein! Sinaus in die Öffentlichkeit! Nur der lauteste Ruf findet Gehör!

Fort mit dem alten Märchen, daß das Buchdruckergewerbe nicht so leicht wie andre Berufe in der Lage sei, hohe Löhne zu zahlen. Im Gegenteil, wenn unsere Prinzipale nur wollen, ginge es sogar leichter, denn ihnen steht ja die Macht der Presse zur Verbeugung der Öffentlichkeit und Behörden in einer Weise zur Verfügung, wie keiner zweiten Unternehmergruppe. Verlangen wir für das, was von uns Buchdruckern in technischer Beziehung alles verlangt wird, eine bedeutend bessere Bezahlung als jetzt. Das Minimum muß im neuen Tarif anders aussehen und eine Verbeugung erfahren, damit jedermann gleich weiß, daß es Mindestlohn heißt. Würden wir einen Wochenlohn von nur 10 Mk. pro Woche verlangen, dann wird es immer noch einfluchtlose Prinzipale geben, die diesen Lohn zu hoch finden, nur damit sie ihren Kollegen eine Arbeit abjagen können. Der laichende Drille ist dann eben hier das Publikum. Unser Verbandsvorsitzender Selb hat anlässlich der Gewerkschaftskongress in Leipzig mit vollem Rechte vor revolutionären Lohnforderungen gewarnt; aber er hat auch auf die mehr als bescheidenen Löhne im Buchdruckergewerbe hingewiesen. Nach einer Statistik sind die Lebensmittel im November 1918 um 144,29 Proz. gestiegen, wie hoch dagegen die Löhne der Buchdrucker? Der rheinische Gewerkschafter gibt die Antwort hierauf in Nr. 8 des „Korr.“

Es gibt kein zweites Gewerbe, in dem von den Arbeitern so viel verlangt wird als bei uns Buchdruckern. Wie kann z. B. die Arbeitszeit verkürzt werden, ohne einen Pfennig Entschädigung (siehe Tarif betreffs Zeitungsdruckereien); es fragt niemand danach, ob es dem Arbeiter dabei möglich ist, seinen Pflichten als Mensch, Familienvater und Staatsbürger nachzukommen. Was wird von den Buchdruckern in technischer Beziehung verlangt? Malen, Zeichnen, belmaße Auswendiglernen des großen Brochhaus-Vexikon, Sprachen usw. und dazu noch eine intensive Arbeitsweise (Molleren der zu der Druckfarbe gebrauchten Zeit bis auf Minuten), und für diese untererleie Bildung Löhne von 32 bis 40 Mk. (lebt mit den Feuerungsanlagen natürlich mehr)! Dazu haben wir Ausgaben für Fachzeitschriften, der Besuch von Sonderkursen bedingt auch Ausgaben. Da sind uns manche andere Arbeiter doch um vieles voraus. Sorgen wir, daß den Prinzipalen, die Schmutzhonkurrenz treiben, die Flügel beschliffen werden, und befinden wir uns darauf, daß der Lohn den Lebensbedürfnissen angepaßt sein muß. Die Tarifrevision steht vor der Tür, befallen wir uns jetzt schon mit derselben, treiben wir diesmal unsre Führer, damit man ihnen nicht wieder den lächerlichen Vorwurf machen kann, sie hätten die zufriedene Gesinnlichkeit aufgegeben. Es gibt unter unsern Prinzipalen gewiß viele, die die Richtigkeit von den unzulänglichen Löhnen ihrer Arbeiter einsehen und gern mehr zahlen würden, wenn die Rundschaft, unterrichtet durch die Öffentlichkeit, von der absoluten Notwendigkeit der Lohnerhöhung Kenntnis erließe. Darum, Kollegen, geht in die Versammlungen, schaut aber auch den Weg — den neuen — in die breite Öffentlichkeit nicht. Selgen wir der Welt, daß wir bis zum letzten Mann hinter unsern Führern stehen, daß wir durch sie unsre Wünsche auf einen selbstgemähren Ausbau der Tarifgemeinschaft verfolgen sehen möchten, daß wir den neuen Geist der Freiheit und eines besseren Menschentums auch aus unserm beruflichen Arbeits- und Lohngeleh leuchten sehen möchten. Denn es ist eine neue Zeit über Deutschland herabgebrochen. Unse Aufgabe muß es sein, daß die Zeit auch von uns ausgenutzt wird. Sollen wir es daher mit Goethe, der seinen „Faust“ sagen läßt:

Was ihr den Geist der Zeiten heißt,
Das ist im Grund der Herren eigner Geist,
In dem die Feinden sich begreifen.

Eos.

Die verkürzte Arbeitszeit und unsre Existenz

Wohl jedes Verbandsmitglied wird den „Korr.“ vom 30. Januar, enthaltend die Bekanntmachung betreffend die Tarifausgleichung und die Bekanntmachung der Änderung und Ergänzung der Beschlüsse des Buchdrucker-rats, enttäuscht aus den Händen gelegt haben. Es ist gerade, als ob ausgerechnet wir Buchdrucker, die wir zu Beginn des Krieges (Entlassung ganzer Personale), während des Krieges (geringes Minimum, nur durch Überstunden konnten sich die Gehälter über Wasser halten) und auch bei Kriegsbeendigung gegenüber andern Gewerben im Rückstande waren, nun auch noch das Starnichel sein sollen, an dem der Abbau des noch nicht einmal zur Existenz ausreichenden Lohnes ausprobiert werden soll. Doch über den Prinzipalsantrag auf Rückgängigmachung der Beschlüsse des Tarifauschusses vom 19. Dezember 1918 und somit der letzten Feuerungszulage werden ja hofentlich die Beihilfenvertreter ein kräftiges Wortchen reden. Hier sollen nur einmal die Beschlüsse des Tarifrats und des Buchdrucker-rats mit Beispielen aus der Praxis veralltchen werden, namentlich der, welcher die verkürzte Arbeitszeit beandelt.

Selner wird wohl behaupten wollen, daß wir bei unserm niedrigen Lohne bei Bezahlung von nur 30 Arbeitsstunden imstande sind, uns mit unsrer Familie leicht durchzuschlagen. Wenn man nun ohne nähere Information liest, daß für die ausfallende Zeit die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch genommen wird, so hört sich das wohl übersprechend an, aber die Unterfristung ist praktisch so gering, daß sie uns absolut nicht vorm Verhungern schützt, da ja die Reichsunterfristung nur bis zu $\frac{1}{10}$ des Grundlohnes gezahlt wird. Wenn wir nun fünf

Stunden arbeiten, so verdienen wir, da die volle Arbeitszeit doch acht Stunden beträgt, $\frac{5}{8}$ unseres Lohnes, folglich zahlt das Reich nur noch die Differenz von $\frac{3}{8}$ bis $\frac{1}{10}$, das sind $\frac{3}{80}$ bis $\frac{1}{100}$ unseres Grundlohnes wäre also das ganze, was für den Ausfall des Arbeitsverdienstes von uns von der Erwerbslosenfürsorge in Anspruch genommen werden kann. Wie verschwindend wenig das ist, mag hier an einem Beispiele gezeigt werden.

Angenommen, der wöchentliche Lohn beträgt einschließlich Feuerungszulage 80 Mk. Bei fünfstündiger Arbeitszeit würde man bei diesem Lohnsätze 50 Mk. verdienen. Hierzu würde als Reichserwerbslosenfürsorge $\frac{1}{10}$ des Lohnes kommen, um die vorgedachte Höhe von 70 Prozent Grundlohn zu erreichen. $\frac{1}{10}$ von 80 Mk. Grundlohn sind 8 Mk., $\frac{3}{10}$ demnach 24 Mk. Diese 24 Mk. kämen zu den verdienten 50 Mk. hinzu, so daß der Bestreffende 56 Mk. Wochenverdienst hätte. Siervon geben aber noch die gesetzlichen Abzüge für Kranken- und Invaliditätsversicherung, ebenso der Verbandsbeitrag ab. Bei völliger Erwerbslosigkeit würde der Bestreffende nach den zur Zeit hier geltenden (schon herabgefallen) Sätzen bekommen: Männliche Person 6 Mk., für die Frau 1,50 Mk., für jedes Kind 1 Mk. pro Tag.

	ledig	Verheiratet	Verheir. und 1 Kind	Verheir. und 2 Kinder	Verheir. und 3 Kinder	Verheir. und 4 Kinder
Mk.	36,—	45,—	51,—	57,—	63,—	69,—
Verband	15,75	15,75	15,75	15,75	15,75	15,75
Zuf.	51,75	60,75	66,75	72,75	78,75	84,75

Die Krankenhilfebeiträge werden von der Gemeinde bezahlt und der Verbandsbeitrag entfällt bei völliger Erwerbslosigkeit gleichfalls.

Aus diesem Beispiel ist wohl klar zu erleben, daß man sich bei völliger Erwerbslosigkeit besser stellt, als wenn man fünf Stunden arbeitet. Nun heißt es ja gewiß immer, aus Interesse am Gewerbe usw. muß man halt in den lauren Apfel beißen. Ja, von den Gehilfen wird viel verlangt im Interesse des Gewerbes, aber alles muß auch eine gewisse Grenze haben. Mit der Konzession an die Prinzipale, daß sie absolut nichts zu dem Lohnausfall bei verkürzter Arbeitszeit beizutragen brauchen, hat man ja der Kürzung der Arbeitszeit und damit unsres Verdienstes Tor und Tür geöffnet.

Wenn es schon wirklich nicht anders ging, so hätte man mindestens die Bestimmung 20 des Buchdrucker-rats, die den ausfallenden Verdienst dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte tragen läßt, auch bei Arbeitsmangel gelten lassen müssen, denn dann hätten die Prinzipale auch mehr Interesse daran, für Arbeit zu sorgen und ihre Gehilfen möglichst voll arbeiten zu lassen, zumal bei nur fünfstündiger Arbeitszeit die Prinzipale ja jede Woche neun Stunden mitbezahlen müßten. Dagegen hat man die Bestimmung 20, die doch nur bei Gas- und Kohlenmangel zutrifft, wieder umgestoßen und die Entschädigung auf 15 Proz. des ausfallenden Lohnes festgesetzt; eine wirklich zu geringe Entschädigung. Dieser Beschluß läßt jedes Verständnis für die Lage der Gehilfen vermissen, und man kann sich kaum denken, daß daran auch Gehilfen mitgewirkt haben, die doch die traurige Lage ihrer Kollegen kennen müßten. Genau in derselben gehilfenfeindlichen Richtung liegen die Bestimmungen 1 und 2, indem bei Verkümmern des Gehilfen der Grundlohn und Feuerungszulage durch 48 dividiert wird, dagegen bei Nacharbeit die Zuschläge nur auf den Grundlohn gerechnet werden dürfen. Die Haltungslosigkeit solcher verschiedenen Makes scheint wohl der Buchdrucker-rat selbst schon eingesehen zu haben, denn sonst wäre doch der Hinweis am Schluss überflüssig, daß dem Tarifauschub eine Abänderung dieser Bestimmung 2 vorbehalten bleibt.

Bei solchen Auslegungen ist es wahrlich kein Wunder, wenn Stimmungen erzeugt und gefördert werden, die für Verband und Tarifgemeinschaft alles andre denn zweckdienlich sind. Auch den begeistertsten Anhängern von Abmachungen und Verträgen wird dadurch klar gemacht, daß es bei einem groben Teil unsrer Prinzipale mit dem sozialen Verständnis schlecht bestellt ist.

Wer die Vorgänge sehr im öffentlichen politischen und gewerkschaftlichen Leben genau beobachtet, wird feststellen können, daß man auf dem besten Weg ist, die Gewerkschaften so viel wie möglich auszuschalten, wie ja die letzten Lohnbewegungen und Streiks genügend beweisen. Um so mehr läßt sich solche Beschlässe wie die hier kritisierten zu bedauern, denn sie erschweren nur die Situation im Wirtschaftslieben, das der Ruhe und Ordnung doch so dringend bedarf.

Nowawes.

S. T.

An den Pranger!

Außer der bereits an anderer Stelle im „Korr.“ erfolgten Kennzeichnung der Entrüstung der Buchdrucker und Buchhändler gegen die neuen Feuerungszulagen der Buchdrucker und die infolgedessen verteuerten Druckkosten im allgemeinen soll hier noch auf einen speziellen Fall kurz eingegangen werden. Im Anschluß an eine Webergabe der neuen Zuschläge auf die Friedenspresse des Deutschen Buchdruckereinstells, veröffentlicht im Nr. 21 des „Börtenblattes für den Deutschen Buchhandel“, richtet der Mitinhaber eines großen Stuttgarter Verlags, Herr Otto Weibrecht, folgende Aufforderung zur Zurückhaltung von Aufträgen an seine notleidenden Kollegen: „Wenn diese unangerechneten Feuerungszuschläge haben sich im Kreise der Buchdruckereinsteller sehr große Widerstände bemerkbar gemacht. Die neuen Zuschläge sind nur im Interesse einiger weniger Berliner Kleinbetriebe. Leider haben die Verbände nicht den Mut gefunden —

mit Ausnahme der einiger Städte —, die Zuschläge abzulehnen und es auf eine Machtprobe ankommen zu lassen. — Der Leidtragende ist der Kunde, in erster Linie der Verleger von Büchern und Zeitschriften. Im Gegenzuge zu dem Wunsche des Hauptvorstandes des Deutschen Buchdruckervereins, nicht mit Aufträgen zurückzufallen, empfehle ich dringend, nur das Allernotwendigste in Auftrag zu geben. Dies ist das einzige Mittel, den Herren von der Buchdruckerzunft klar zu machen, daß derartige Zuschläge nicht einfach über die Köpfe ihrer besten Kunden hinweg gemacht werden dürfen. So wie die Verhältnisse in Deutschland liegen, sind alle Zukunftsansichten so überaus trübe, daß es dem einzelnen Kollegen nicht unangenehm sein kann, lieber weniger drucken zu lassen. Aberles ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß ein allgemeiner Zusammenbruch der jetzigen übertriebenen Löhne und Preise eintritt, und daß in Kürze steigender Arbeitsmangel und eine ganz bedeutende Reduktion aller Preise eintreten wird. Der Staat ist auf die Dauer nicht in der Lage, all die Unterfristungsgelder für Arbeitslose zu zahlen, solange es diese ablehnen, Hofflandsarbeiten zu übernehmen.

Am die Vorkände des Börtenvereins und des Deutschen Verlegervereins richte ich die Anfrage, in welcher Weise sie zu den neuen Vorgängen im Buchgewerbe Stellung nehmen werden.

Otto Weibrecht,
i. V. A. Ahlenemann Verlag, Stuttgart.

Es fehlt gerade noch, daß in dieser gärenden, unruhevollen Zeit von einem Grohverleger in derart empörender Weise Öl ins Feuer gegossen wird. Wenn es noch eines Beweises dafür bedürft hätte, daß auf Internerseite in unverantwortlicher Weise durch künstliche Zurückhaltung von Aufträgen die Not des Wirtschaftsliebens verschlimmert wird, so ist dieser Beweis durch den Weibrechtschen Appell geliefert. Während die einfluchtvollen Stellen in Staat und Gewerbe alles aufbieten, um das gewerbliche Leben wieder in Gang zu bringen und den heimgekehrten Kriegern Arbeitsgelegenheit zu schaffen, wird gerade von solchen Personen, für welche viele Tausende unter Kollagen draußen Gesundheit und Leben zu opfern gezwungen waren, in aufreizender Weise zur Aussperrung aufgefordert. Und da dünken sich Leute vom Schlage des Herrn Weibrecht noch wunder wie erhaben über pariahilfliche Unruheflüster, als ob sie sich durch ihre Gewaltmaßnahmen nicht ebenso schwer am Volksganzen vergangen wie viele. Das Nachwerk des Herrrers der Stuttgarter Buchhändler ist und bleibt ein Schanddokument aus Deutschlands schwerster Zeit. Was heute die Buchdruckergehilfen an Lohn beziehen, ist das Äußerste, um überhaupt existieren zu können. Man bedenke nur, wie viele von ihnen nicht vollbeschäftigt oder überhaupt arbeitslos sind! Es ist Pflicht des Staates, der jetzt Millionen für Arbeitslose opfert, gegen volkschädigende Internernehmer, die offen zur Zurückhaltung von Aufträgen aufordern, einzuschreiten. Es würde damit lediglich der nütliche Wechselbegriff geschaffen für die festgelegte Arbeitspflicht der Arbeiter.

Aus Stuttgarter Beihilfenkreisen wird uns hierzu noch geschrieben: „Herr Weibrecht, der den Mut hat, den Buchdruckereinstellern eine Machtprobe zu empfehlen, und nur das Allernotwendigste drucken zu lassen, ist Teilhaber der hochkontraheuten Firma S. F. Steinhof in Stuttgart. Er ist selbst auch ein leidtragender Verleger, da er nachgeweiernemachen während des Krieges an einem einzigen gangbaren Werke Hunderttausende verdient hat! Man sieht es auch an seinen familiären Verhältnissen, daß er notleidend ist, demzufolge wohnt er eine schöne Villa mit anstehendem Park und hält drei Dienstmoten zu seiner verhältnismäßig kleinen Familie. Es liegt dem Herrn eben in Fleisch und Blut, gegen die Ordnung in unserm Gewerbe Sturm zu laufen, da er ein Schwiegersohn des bekannten Verbandsgenegers Berlesmann in Gütersloh ist. Hier wäre ein dankbares Feld gegeben, diesen überaus gefährlich gesinneten Herrn aufzudeckeln und ihm Gelegenheit zu geben, mit dem Gehalt eines Buchdruckergehilfen in dessen Genüssen zu schwelgen, dafür dürfte er dann sein Einkommen und seinen Besitz an seine unglückseligen Untergebenen eintauschen.“

Wohnungsfragen

Infolge der plötzlichen Demobilisierung sind die Verhältnisse auf dem Gebiete der Wohnungsbeschaffung noch weit unerträglicher geworden, als man voraussehen konnte. Nicht nur für kinderreiche Familien hält es schwer, Unterkunft zu finden, auch kinderlose Ehepaare bieten, wie man wiederholt Gelegenheit hat zu konstatieren, Verhältnisse für den Nachweis einer Wohnung an. Selbst einzelne Zimmer sind nicht mehr zu haben; denn in Leipzig z. B. ist es fast unmöglich, für die Studenten geeignete Unterkunft zu schaffen. Trotzdem sich die Bevölkerung durch den furchtbaren Krieg vermindert hat, ein Ausgleich aber durch Zugang ausgeschlossen und durch Geburten kaum geschaffen worden ist; trotzdem die Anzahl der vorhandenen Wohnräume sich seit dem Ausbruche des Krieges nicht vermindert, wohl aber, wenn auch nur in ganz begreifbarem Umfange, vermehrt hat, ist der Mangel an Wohnungen, der während des Krieges schon bedenkliche Formen annahm, bei der Rückkehr der Truppen gewaltig gestiegen und dürfte, da bei weitem noch nicht alle Kriegsgefallenen zurückgekehrt sind, immer größere Dimensionen annehmen.

Wie ist nun dieser Mangel speziell an Kleinwohnungen entstanden? Die richtige Antwort auf diese Frage gibt

der Direktor des Städtischen Amtes in Lübeck, Dr. Hartwig, der vor einiger Zeit zu diesem Posten auslieferte. „Der Bedarf an Wohnungen wird weniger durch die Zahl an Einwohnern als die der Haushaltungen bestimmt. Die Zahl der Haushaltungen hat aber während des Krieges nicht ab-, sondern zugenommen. Das erscheint auf den ersten Blick sehr sonderbar, erklärt sich aber bei näherer Überlegung ohne alle Schwierigkeit. Todesfälle machen nur in seltenen Fällen eine Wohnung frei. Das gilt schon in Friedenszeiten, aber besonders für den Soldatenstand. Der Krieg gekostet viele Ehen, aber nur wenig Haushaltungen. Familien pflegen ihre Wohnungen auch nach dem Tod ihres Hauptes zu behalten. Wer einmal an eigenen Stiche sah, hat begreiflicherweise wenig Neigung, dauernd an einem fremden Platz zu nehmen. Uebernimmt man eine kleinere Wohnung, als das man in einem andern Haushalt unterläßt. Der Krieg hat also viele Betten und eine erhebliche Zahl von Zimmern, aber nur verhältnismäßig wenig Wohnungen leer gemacht. Die Gesamtszahl der Haushaltungen nahm ständig zu, und nur die Durchschnittszahl der in ihnen lebenden Personen ist kleiner geworden. So ist die Wohnungsnot entstanden.“

Zu den neuen Maßnahmen, welche die Wohnungsnot zu mildern geeignet sind, gehört zweifellos eine Verordnung, welche die Reichsregierung auf Anregung des Reichs- und Staatskommissars für das Wohnungswesen am 15. Januar erlassen hat. Nach dieser Verordnung können zur schnellen Durchführung der Unterbringung obdachloser Familien für die Übergangszeit Bezirkswohnungskommissare mit weitgehenden Vollmachten bestellt werden. Diese Kommissare sind berechtigt, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, ja sogar gebliebene Vorschriften außer Kraft zu setzen, wenn dadurch die Möglichkeit geschaffen werden kann, Wohnungen zu errichten. Sie können sich das hierzu erforderliche Bauland durch Enteignung beschaffen; auf Werksanlagen, welche auf den Krieg zurückzuführen sind, braucht keine Rücksicht genommen zu werden. Auch die Bestellung von Erbbaurechten sowie Zwangspacht bis zur Dauer von 30 Jahren kommt bei der Errichtung von Wohnbauten, Baracken, Läden und dergleichen in Betracht.

Von großer Bedeutung ist eine Bestimmung, nach welcher der Wohnungskommissar alles selbständig bestimmen kann, wenn Gemeinden oder Kreisbehörden nicht in kurzer Zeit mit den Vorschlägen zu einer Einigung kommen. Streitigkeiten, welche wegen Straßenbau sowie Teilnahme an Gemeinde-, Kirchen- und Schullasten entstehen und dazu angehen, das Bauvorhaben auf lange Zeit zu verzögern, können binnen kurzem vom Kommissar erledigt werden. Um die Beschaffung von Klein- und Mittelwohnungen mit allen Mitteln zu fördern, hat der Bezirkskommissar auch das Recht, Ziegeleien zwangsweise wieder in Betrieb zu setzen und natürliche Baustoffe zu enteignen sowie Luxusbauten zu verbieten. Kurz, die Befugnisse dieser Kommission sind unbegrenzt; hoffentlich machen dieselben von den ihnen zustehenden Rechten den weitgehendsten, aber auch vornehmlichsten Gebrauch. In Preußen sind bereits die Kommissare bestellt worden, und zwar wurden die Regierungspräsidenten mit der Ausübung der in Betracht kommenden Funktionen betraut.

Auch von andern maßgebenden Körperschaften sind in letzter Zeit Anstrengungen gemacht worden, die Wohnungsnot nach Möglichkeit zu beheben.

Das Ministerium für Militärwesen wird zur Vinderung der Wohnungsnot insofern beitragen, als die vorhandenen und die noch im Bau befindlichen Kasernen zum erheblichen Teile den Gemeinden überlassen werden. Diese haben die Pflicht, Wohnungen daraus herzurichten zu lassen oder militärische Geschloßzimmer, die sich jetzt noch in Privatwohnungen befinden, darin unterzubringen. Alle bisherigen Wohnräume der Schlüssel- in Potsdam und die zu ihnen gehörigen Wirtschaftsgebäude sollen laut Beschluß des Potsdamer Arbeiter- und Soldatenrats zu öffentlichen Zweck und für die Wohnungsfürsorge in Anspruch genommen werden.

Die preussische Staatsregierung entschloß sich, alle fiskalischen Ländereien in der unmittelbaren Umgebung Berlins zu dem Preise von 50 M. bis 2 M. pro Quadratmeter dem gemeinnützigen Kleinhausbau zur Verfügung zu stellen.

Im Anbetracht dessen, daß die Hausbesitzer in Charlottenburg in rücksichtsloser Weise mit Kündigungen und Wohnungsrummungen hauptsächlich gegen arme Mieter vorgingen, hat der dortige Arbeiter- und Soldatenrat den Hauseigentümern oder deren Beauftragten bis auf weiteres das Kündigungsrecht entzogen. Jeder Wohnungswechsel, der vom Hausbesitzer veranlaßt wird, muß beim A. und S.-Rat eingehend begründet werden und unterliegt dessen Zustimmung. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Besondere Bedeutung gewinnt zur Zeit die Anleihefrage. Auch in dieser Hinsicht ist von der Reichsregierung eine äußerst wichtige Verordnung ins Land hinausgegangen, und zwar unterm 29. Januar 1919. Schon die frühere Regierung hatte sich mit dem Problem der Beschaffung landwirtschaftlichen Siedlungslandes beschäftigt; die ausgearbeiteten Pläne fanden jedoch keine Verwirklichung. Nunmehr hat die neue Regierung erfreulicherweise ernst gemacht. In der neuen Verordnung werden die Bundesstaaten, nach Bezirken geteilt, verpflichtet, gemeinnützige Siedlungsunternehmen zu gründen. Die Siedlungsunternehmen müssen zunächst die Staatsdomänen nach Ablauf der Pachtverträge zum Kauf angeboten werden. Auch das Recht, Moor- und Sdland zu Besiedlungswecken in Anspruch zu nehmen, wird den Siedlungsunternehmen eingeräumt. Eine Entschädigung muß gezahlt werden, doch kann das Moor- und Sdland auch im Enteignungswege beschafft werden.

Ferner wird dem Siedlungsunternehmen für alle in seinem Bezirke gelegenen landwirtschaftlichen Grundstücke, welche größer als 20 ha sind, das Vorkaufsrecht zugestanden. Aber die Ausstellung des Großgrundbesitzes sind besondere Bestimmungen in der Verordnung enthalten. Die Anleihebezirke, deren landwirtschaftliche Nutzfläche zu mehr als 13 Proz. aus laozenartigen großen Gütern besteht, sollen zu rechtsfähigen Landlieferungsverbänden zusammengeschlossen werden, denen in dringenden Fällen ein Enteignungsrecht bezüglich der großen Güter eingeräumt wird.

Wenn das sogenannte Anleihegesetz im Geiste der Gesetzgeber durchgeführt wird, so werden die legerschweren Wirkungen desselben bestimmt nicht ausbleiben. Allerdings wird eine geraume Zeit vergehen, bevor wir die Wirkungen dieses Gesetzes in bezug auf die Wohnungsnot zu spüren bekommen. Von wesentlichem Vorteil wird es sein, wenn schon jetzt, trotz aller Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten, möglichst viele Arbeiterfamilien auch ohne sofortige Anleihe auf das Land hinausgehen, um dort Unterhalt und Verpflegung zu finden. Die Arbeitsnachweise sind vom Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung angelesen worden, sich über Lohnsätze, Verpflegungsmöglichkeiten usw. genau unterrichten zu lassen, damit sie jederzeit in der Lage sind, Auskunft zu geben.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Blankenburg (Sara). Am 1. Februar hielt unser wieder auf Friedensstärke angewachsener Ortsverein seine erste Versammlung in diesem Jahre ab. Die fast vollständig erschienenen und besonders die aus dem Felde bzw. Heeresdienste Zurückgekehrten begrüßte Vorsitzender W. Maikat mit herzlichen Worten. Danach erfolgte dieser sowie Kassierer P. Schulze den Jahresbericht; der Stand der Ortskasse ist befriedigend; Entlastung und Dank wurden ausgesprochen. Im Laufe der Verhandlungen zeigten u. a. die jetzigen gewerblichen Arbeitsverhältnisse wie auch die Tagesordnung zur Tarifauschulassung vom 14. Februar eine lebhaftere Ausprache. In dem ersten Punkte der Tagesordnung erblickte man allseitig die Pflicht einer Reduzierung der letzten Feuerungsulage, der entschieden entgegengetreten werden müsse, da folgerichtig erst eine Herabsetzung der teilweise unerhörten Preise für notwendige Lebensbedürfnisse einzulernen hülle, ehe an einen Abbau der Löhne gedacht werden könne. Nicht seien die Schwierigkeiten für manche Druckereibetriebe wohl zu verkennen, aber wir Buchdruckergehilfen hätten auch reichlich lange zu warten gehabt, bis uns die Feuerungsulage zu teil wurde, und von den schönen nachahmenswerten Beispielen sei in diesfälligen Geldern wenig oder nichts zu spüren gewesen. Eine im vorstehenden Sinne von dem Kollegen W. Kiebling eingebrachte Entschließung fand Annahme. Für die Kriegesopfer des Ortsvereins wurde die Beschaffung eines Gedenkaltars beschlossen. Der Stellvertreter Th. Wagner gab einen kurzen Sitzungsbericht. Mit einer Mahnung des Vorsitzenden zu erproblicher Mitarbeit auf organisatorischen wie beruflichen Gebiete, namentlich an die bisher verdrauten und jüngeren Kollegen, endete die anregend verlaufene Versammlung.

Bochum. Die Generalversammlung unseres Ortsvereins am 2. Februar erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Nachdem der Vorsitzende die aus dem Felde heimgekehrten Kollegen aus herzlichste begrüßt, gab er die am 31. Dezember aufgenommenen Statistik bekannt, wonach der Ortsverein bereits wieder über 150 Mitglieder zählt. Die Kollegen in Wanne-Eickel, die während der Kriegesjahre dem Ortsverein Bochum angegliedert waren, haben mit Januar einen neuen Ortsverein mit 16 Mitgliedern ins Leben gerufen. Der Vorstand wurde in seiner alten Besetzung bis auf den ausgeschiedenen ersten Schriftführer wiedergewählt. Aber das Zustandekommen der neuen Feuerungsulage und dessen Wirkung im Prinzipalslager gab Kollege Friedemann einen ausführlichen Bericht. Das Verhalten der Prinzipale und der von Anfang an einsetzende Widerstand des Vorstandes des Deutschen Buchdruckervereins und eines Teiles der Prinzipalskreisvertreter habe auch die Gehilfenschaft auf den Plan gerufen. Mit den Bochumer Prinzipalen habe eine Aussprache stattgefunden, mit dem Ergebnisse, daß sie erklärten, die neuen Zuschläge nur unter Vorbehalt zahlen zu wollen. Trotz der beunruhigend auf die Gehilfenschaft wirkenden stömer Rundschreiben, habe das belohnende Vorgehen der Kollegen erreicht, daß die Auszahlung der neuen Zuschläge in allen Druckereien eingehalten wurde. Die verfehlte Erprobung des Hauptvorstandes des Buchdruckervereins, daß die zwangsweise Erhöhung der Zuschläge die Nichtentfaltung der heeresentlassenen Gehilfen, ja sogar Arbeiterentlassungen zur Folge haben würde, erfuhr eine scharfe Kritik, die besonders auch in der folgenden Aussprache zum Ausdruck kam. Die Stimmung der Versammlung gab sich in folgender einmütig angenommenen Entschließung kund: „Die am 2. Februar tagende Generalversammlung des Ortsvereins Bochum verurteilt auf das entschiedenste die von dem Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins und einem Teile der Prinzipalskreisvertreter gegen das Zustandekommen der neuen Feuerungsulagen ausgesetzte Obstruktion, die mit dem Geiste der Tarifgemeinschaft nicht vereinbar ist. Sie protestiert ferner energhch gegen den Vorbehalt, den die Prinzipale bei der Auszahlung der neuen Feuerungsulage geltend gemacht haben, und verlangt die uneingeschränkte Anerkennung der Beschlüsse des Tarifauschusses vom 19. Dezember und deren Gesetzeskraft gebenden Befähigung durch das Demobilisationsamt. Die Versammlung bringt zum Ausdruck, daß die neuen Feuerungsulagen keineswegs einen Ausgleich darstellen

gegenüber der fortwährenden Steigerung aller Bedarfsartikel, und erwartet von den Gehilfenvertretern und dem Buchdruckeramt, daß bei den neuen Verhandlungen unbedingt an den bestehenden Feuerungsulagen festgehalten wird. Die Regierung wird ersucht, unverzüglich den Abbau der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel in die Wege zu leiten.“

hr. Elberfeld. Inre Generalversammlung am 2. Februar erfreute sich eines zahlreichen Besuchs. Nachdem der Vorsitzende Marschall besonders die zurückgekehrten ledigen Kollegen begrüßt hatte, erfolgte er den Jahresbericht. Mitgliederstand am 31. Dezember 1918: 327. Im Kriegesopfer hat unser Ortsverein 38 zu beklagen. Nach Erstattung des Kassensberichts vom letzten Quartal und elf Neuaufnahmen, darunter zwei Gutsenberghüder, wurde der Gesamtvorstand, mit Ausnahme von zwei Beisitzern, wiedergewählt. Die letzte Feuerungsulage ist überall unter Vorbehalt zur Auszahlung gelangt; eine Druckerei verweigert die Auszahlung. Die Versammlung nahm hierzu nachstehende Resolution einstimmig an: „Die am 2. Februar tagende Generalversammlung des Ortsvereins Elberfeld des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erachtet den von Seiten der Prinzipale gemachten Vorbehalt resp. Protest für unbefähig und hält es unbedingt für nötig, daß der jetzt gezahlte Lohn im Hinblick auf die bestehenden enorm hohen Lebensmittelpreise und sonstigen Bedarfsgegenstände auf keinen Fall gekürzt wird. Die Versammlung erwartet von den Gehilfenvertretern bei der am 14. Februar stattfindenden Verhandlung des Tarifauschusses und des Buchdruckeramts energische Zurückweisung etwaiger von den Prinzipalen geforderten Lohnherabsetzung. Sollten die Lebensmittelpreise und die Preise der Bedarfsgegenstände nicht bald heruntergehen, wäre eine weitere Lohnausbesserung unumgänglich nötig. Die Buchdruckergehilfen sehen es für unwürdig an, gegenüber den andern Arbeitern in bezug auf den Lohn tiefer zu stehen. Die Gehilfenschaft ist gewillt, die Durchführung der beschlossenen Zulagen mit allen Mitteln zu betreiben.“

Erlangen. Am 2. Februar fand unsere jährlich beschulte Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung bewillkommnete Vorsitzender Kirchhöfer die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen auf das herzlichste. Es wurden dann Jahresbericht und Kassensberichte zur Kenntnis gebracht. Bei der Wahl zur Vorstandschaft blieb ziemlich alles beim alten. Der Wochenbeitrag wurde auch wie letzter auf 2,10 M. belassen. Sodann folgte eine rege Aussprache über die jetzige gewerbliche Lage. Zu diesem Punkte wurde aus der Mitte der Kollegen folgende Resolution eingebracht: „Die heutige Generalversammlung nimmt mit Erstaunen Kenntnis von dem Antrage der Prinzipalskreise der Tarifliste I, II, III, IV, V, VII, XI und XII zu der auf deren Antrag für den 14. Februar nach Berlin einberufenen Sitzung des Tarifauschusses der Deutschen Buchdrucker und des Buchdruckeramts: Ausherkraftsetzung der Beschlüsse des Tarifauschusses vom 19. Dezember 1918. Es geschieht dies zu einer Zeit, in der sich die Preise für alle zum Leben notwendigen Artikel noch in aufsteigender Richtung bewegen. Wegen dieses Verlusts, die Lebenshaltung der Buchdruckergehilfen noch mehr zu verschlechtern, erhebt die Versammlung lauten Protest und fordert die Gehilfenvertreter auf, mit allen Kräften und unter allen Umständen dahin zu wirken, daß die Ertrag nicht zur Wirklichkeit wird, da dem Abbau der Löhne ein Abbau der bestehenden Feuerungspreise vorangehen muß.“

Erfurt. Die beiden Versammlungen vom 11. Januar und 9. Februar beschäftigten sich in der Hauptsache mit den neuen Feuerungsulagen. In der ersten wurde das Resultat der Bewilligungen der Zulagen entgegengenommen und dabei festgestellt, daß die meisten hiesigen Prinzipale die Zulagen unter Vorbehalt gezahlt haben, während einige kleine und eine mittlere Druckerei dies ohne jeden Vorbehalt vom 1. Januar an taten. Nach Erledigung zweier Ausnahmefälle und der Wahl eines Ortskassierers, die auf den Kollegen Karl Schröder fiel, wurde noch der 25-jährigen Mitgliedschaft des Kollegen Petermann ehrend gedacht. — Die Februarversammlung erledigte auch zunächst zwei Ausnahmefälle, um sodann zu den von den Prinzipalskreisvertretern zur Tarifauschulassung gestellten Anträgen Stellung zu nehmen. In der ausgedehnten, mit der größten Sachlichkeit geführten Aussprache über diesen Tagesordnungspunkt wurde scharf geäußert, daß die Prinzipalität den Tarifauschlußbeschlüssen gegenüber so wenig Achtung entgegenbringt; es sei dann schon besser, man verzichte überhaupt auf die Tarifgemeinschaft, wenn nur die Gehilfen die Beschlüsse respektieren sollen. (Nachdem die Tarifverträge geschlichen Schuß gesehen, liegt das Schwergewicht nicht mehr auf Sein oder Nichtsein, sondern auf innerer Reform des Tarifvertrags! Red.) Es müsse als recht bedauerlich bezeichnet werden, daß wieder herzukommen und Anträge auf Aushebung der neuen Feuerungsulage zu stellen, die doch fast reiflos für das teure Holz anstatt der schlendenden Stöhlen aufgebracht würde. Die Feuerungsulage sei nicht aufzuheben, sondern noch zu erhöhen. Auch sei es nun endlich an der Zeit, alle Feuerungsulagen zum Lohne zu schlagen. Der Ertrag dieser Feuerungsulage kam in der nachstehenden Entschließung zum Ausdruck: „Die am 9. Februar abgehaltene außerordentliche Mitgliederversammlung des Ortsvereins Erfurt nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Antrage der Prinzipalskreisvertreter zur Tarifauschulassung, der die Ausherkraftsetzung der Beschlüsse des Tarifauschusses vom 19. Dezember 1918 oder mit andern Worten die Ungültigkeitserklärung der neuen Feuerungsulagen bezweckt. Sie erwartet nicht nur von den Gehilfenvertretern und den einflussreichen Prinzipalsvertretern, daß der Prinzipalskreisvertreter-Antrag eine glatte Ablehnung erfährt, sondern daß die Feuerungsulage den

von Woche zu Woche immer noch steigenden Preisen aller Lebensbedürfnisse entsprechend noch erhöht wird. Weiter erwartet die Versammlung die Herbeiführung eines Beschlusses, nach dem der Lohn nicht mehr als Lohn und Teuerungszulage, sondern einheitlich als Wochenlohn gezahlt wird. Mit der Ehrung des Kollegen Theodor Sahn zum 25jährigen Verbandsjubiläum hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Hamburg. (Mitgliederversammlung am 5. Februar im „Gewerkschaftshaus“.) Seit der letzten Versammlung sind acht Kollegen gestorben, während weitere fünf Kollegen dem Kriege zum Opfer fielen. Die anwesenden Mitglieder halten sich bei Beginn der Verlesung der Namen von den Plätzen erhoben, so das Andenken der Verstorbenen ehrend. Arbeitslos sind angeblich 638 Kollegen. Unter „Vereinsmitteilungen“ gab Vorsitzender Künzler noch bekannt, daß in einer in der vorigen Woche stattgehabten Arbeitslosenversammlung des Buchdruckervereins verschiedene Anträge gestellt und auch angenommen wurden; besonders heftig wurde eine gefällig angeordnete Verhinderung der Arbeitszeit und demzufolge eine Einstufung von Arbeitslosen verlangt. Da diese Forderung nicht allein für die Buchdrucker, sondern für alle Gewerbe gestellt wurde, sei eine schnelle Durchführung dieser Maßregel nicht zu erwarten; deshalb stand der Vorstand auf dem Standpunkt, erst einmal für unsern Beruf die Verhinderung der Arbeitszeit herbeizuführen zu versuchen. Zu diesem Zwecke hat Redner mit dem hiesigen Prinzipalsvertreter und dem Innungsvorsitzenden Rücksprache genommen mit dem Resultat, daß diese Frage in der demnächst stattfindenden Vorstandssitzung der Prinzipale verhandelt wird. An die Kollegen wird die Forderung gestellt, jede Überstunde, wenn möglich, zu vermeiden. Aber die Vorgänge am 9. Januar, die zur Schließung des „Gewerkschaftshaus“ und des „Hamburger Echo“ führten, entspann sich sodann eine längere Debatte. In überaus heftiger Weise wurden die Eingriffe in die Pressefreiheit sowie die Verfügungen über das „Gewerkschaftshaus“ und die Gewerkschaftsbüros zurückgewiesen; dabei wurde betont, daß die größte Anzahl dieser Leute, die sich daran beteiligten, jedenfalls noch nie in ihrem Leben einen Groschen für ihre Gewerkschaft übrig gehabt haben. Es müsse dafür getan werden, daß die Gewerkschaften ihre fruchtbringende Arbeit zeller fortzuführen können, ohne Eingriffe von nicht dazu berechtigten Personen. Auch der von der Neuerkommission vorgeschlagene Wahlmodus zur Wahl des großen Arbeiterrates wurde heftig kritisiert und allgemein als nicht das gerechteste Wahlssystem bezeichnet. Ein Antrag des Vorstandes auf Abhaltung einer Gedenkfeier für die gefallenen Kollegen wurde einstimmig angenommen. Die neuen Teuerungszulagen wurden im Streite X glatt durchgeführt. Ganz energisch wurde aber von sämtlichen Rednern gefordert, daß zum mindesten die jetzigen Teuerungszulagen bestehen bleiben müssen; bis ein Abbau der hohen Lebensmittelpreise erfolgt sei. Ein Vergleich mit den Löhnen der übrigen Gewerkschaften zeige, daß die Buchdrucker bedeutend zurückgeblieben sind. Folgende Entschlüsse wurden von der überaus stark besuchten Versammlung einstimmig angenommen: 1. „Die am 5. Februar 1919 tagende Versammlung des Buchdruckervereins in Hamburg-Altona legt, entschieden Protest ein gegen die Vergewaltigungsversuche, besonders die Anebelung der Presse, die von Leuten ausgeht werden, denen Solidarität ein bisher unbekannter Begriff war. Wir verzichten auf ein System, das sich durch Willkürakte einleibt, und verlangen ungehinderte Bewegungsfreiheit für unsere gewerkschaftliche Betätigung. Über Form und Führung unserer Interessensvertretung entscheiden wir selbst und verbillen uns jede unerwünschte Einmischung. Thordauer.“ — 2. „Die heute tagende Versammlung des Gau's Hamburg des Verbandes der Deutschen Buchdrucker protestiert gegen das vom hiesigen Arbeiterrat beschlossene Wahlreglement; dieses ist geeignet, das Übergewicht der Großbetriebe im Arbeiterrat zu beseitigen, wie es schon jetzt der Fall war. Wir fordern nach wie vor noch die Verhältniswahl. Reuther, Fahrmarkt.“ — 3. „Die heutige Versammlung der Hamburg-Altonaer Buchdrucker nimmt mit größter Entrüstung Kenntnis von der Absicht der deutschen Buchdruckerbetriebe, die seit dem 1. Januar d. J. gezahlten Teuerungszulagen zu Falle zu bringen, trotzdem die Lebensmittelpreise nicht im geringsten abgebaut sind. Sie beauftragen ihren Vertreter im Tarifausschusse, ganz energisch hiergegen aufzutreten und den Prinzipale zu erklären, daß sie eventuell zu gewärtigen haben, daß die Gehilfen sich nicht mit den bisherigen Teuerungszulagen zufriedengeben, sondern eine Gleichstellung mit den andern gelerntem Berufen verlangen. Begler.“ — 4. „Die Versammlung des Gau's Hamburg-Altona am 5. Februar hält es für erforderlich, daß zur Beseitigung der jetzigen überhöhten Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe und zur Sicherstellung der Ökonomie und Michaels 1919 aussernden Lehrlinge folgende Forderungen schleunigst vom Buchdruckeramt bzw. Tarifamt mit Gesetzeskraft für das ganze Reich aufgestellt werden: a) Zu den beiden Terminen Ökonomie und Michaels 1919 dürfen keine Lehrlinge eingestellt werden. b) Zu den nächstfolgenden Terminen Ökonomie und Michaels 1920 dürfen nur dann Lehrlinge eingestellt werden, wenn die Lage im Buchdruckgewerbe das erlaubt bzw. die Arbeitslosigkeit nicht höher als 1 Proz. der Gesamtzahl aller Buchdruckergehilfen beträgt. Ferner richtet die Versammlung folgende Wünsche an das Tarifamt: 1. Es soll den zuständigen Gehilfenausschüssen der Sandwerks- bzw. Gewerbebehörden mehr als bisher ein tarifliches Einspruchsrecht zwischen den Prinzipale, die notorisch ihre Lehrlinge ungenügend ausbilden, und gegen solche Prinzipale, die keine Gewähr bieten, daß den Lehrlingen eine völlige Ausbildung unter Leitung eines Meisters gewährt wird; Papiergeschäfte und Zeit-

ungsbetriebe dürfen keine Lehrlinge einstellen. 2. Der Lohn für Lehrlinge und Volontäre soll tariflich geregelt werden nach den Tarifklassen und den Lehrjahren. 3. Es ist ein für ganz Deutschland maßgebender neuer Lehrkontrakt für alle Lehrlinge im Buchdruckgewerbe auszuarbeiten; ohne diesen dürfen Lehrlinge nicht in Tarifgeschäften aufgenommen und ausgebildet werden. 4. Die Lehrlingsstellen im Deutschen Buchdruckeramt soll sofort auf eine angemessene Höhe zu verringern, weil die letzten zehn Jahre stets eine zu hohe Arbeitslosenziffer ergeben haben. — Dem Verbandsvorstand unterbreitet die heutige Versammlung folgende Wünsche: 1. Der Verbandsvorstand wird ersucht, schleunigst eine Lösung auszuarbeiten, wonach es allen Lehrlingen im Buchdruckgewerbe freisteht, einer zu gründenden „Jugendgruppe im B. d. B.“ beizutreten. Die an einzelnen Orten bestehenden typographischen Gesellschaften sollen berechtigt sein, die technische Ausbildung und Fortbildung der Lehrlinge zu leiten, sofern keine Fachschulen dies bewerkstelligen; die typographischen Mittelungen sollen den Lehrlingen unentgeltlich geliefert werden. 2. Zur Beseitigung der Fachkurze soll für die „Typographischen Mittelungen“ sollen die Prinzipale bzw. der Deutsche Buchdruckerverein er sucht werden, die Inkosten zur Hälfte zu übernehmen, da die Segnungen aus diesen Kurzen doch den Prinzipalen zugute kommen. Lehner.“

Köln. Am 1. Februar im Vereinslokal abgehaltene Generalversammlung hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Zunächst gab Kollege Gurk namens des Vorstandes seinen Freude Ausdruck über die Rückkehr unserer selbigen Kollegen, gab dann an Hand eines reichhaltigen Materials in ausführlicher Weise den Jahresbericht und ein kurzes Exposé über die letzte Teuerungszulage. Die Aufnahme dreier Kollegen wurde aufgegeben, und dem Gauvorstande befürwortend empfohlen. Mit Ausnahme des erkrankten Vorsitzenden und des Ortsvereinsvorsitzenden wurde der Vorstand neu gewählt. Unter „Verschiedenem“ machte Kollege Gurk auf die am 14. Februar in Berlin stattfindende Tarifausschulung aufmerksam. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschlüsse an, den Gehilfenvertreter aufzufordern, mit allen Mitteln gegen eine Verhinderung der Teuerungszulagen Streit zu machen, denn die jetzigen Löhne sind infolge der ständig steigenden Tendenz aller Lebensmittel und Kleidungsstücke, insbesondere auch des Heizungsmaterials, eher zu niedrig als zu hoch. Des Ablebens des Kollegen Haber (Berlin) gedachten die Versammlung im ehrenden Gedenke.

Kulmbach. Von unterm Bierstätten sei auch einmal etwas von allgemeinem Interesse vermeldet. Interessant in der Beziehung, wie unsere hiesigen Prinzipale die Einführung der seit 1. Januar fälligen, auch vom bayerischen Volksrat als sanktionierten Teuerungszulagen nach vier Wochen sich zurechtlegten: Alle und zum Teil bedeutend über Minimum entlohnten Kollegen (von neun Verbandskollegen sind es deren sechs) wurden zum Minimum degradiert — ohne Befragen oder Einwilligung. Die in untrer außerordentlichen Versammlung dieserhalb herrschende Stimmung über solche einseitige Manipulationen war leicht begreiflich, und es wurden denn auch die nötigen Schritte unternommen, um zu unterm guten Rechte zu gelangen. Bei einem Konditionsbestanden von fünf Feldgrauen ist das berüchtigte „Tuchhalten“ ein schlechter Trost für diese, wenn in einer alldeutschen wie in einer liberalen Zeitung die Lehrlinge durch Überstunden (auch Sonntags) die „unerhörten“ Löhne der Buchdrucker einbringen, müssen. Endergebnis: Der Dank des Vaterlandes nach viereinhalbjähriger Kriegszeit in einem speziellen Kriegsindustrielläden, dessen Abglanz auch die Druckereien befristete.

R. Wiegth. Die am 2. Februar tagende Versammlung nahm zunächst den Kassenbericht für das vierte Vierteljahr entgegen und erteilte dem Kassierer Entlastung. Zwei Kollegen, die der Prinzipalskasse angehören, wurden in untrer Reihen aufgenommen. Zur Frage der Teuerungszulagen wurde eine Resolution verfaßt, die der Tarifausschulung am 14. Februar unterbreitet werden soll: „Die am 2. Februar abgehaltene, starkbesuchte Monatsversammlung des Ortsvereins Wiegth im Verbands der Deutschen Buchdrucker erhebt nochmals schärfsten Einspruch gegen das Verhalten der Prinzipale und ihre Stellungnahme zu der neuen Teuerungszulage. Sie gibt den Gehilfenvertretern anheim, unter allen Umständen an dem Erzielten festzuhalten, schon im Hinblick darauf, daß die ständig steigende Teuerung auch die neue Zulage bereits wieder überholt hat. Das Verhalten der Prinzipale zeigt, daß denselben noch immer das Verständnis und die notwendige Einsicht für die durch die Umwälzung geschaffene Lage fehlt. Wir eruchen dringlich, die leinerseitig gefassten Beschlüsse aufrecht zu erhalten und außerdem noch zu erweitern.“ Trodem sich am Ort eine Anzahl Arbeitsloser befindet, werden verächtlich nach Überstunden geleistet. Im diesem unkollegialen Verhalten vorzubringen, beschloß die Versammlung, ein Zirkular an sämtliche tariftreuen Gehilfen zu senden mit der Mahnung, daß Überstunden entschieden zu unterbleiben haben. Da noch immer einzelne Firmen des Bezirks sich weigern, die Teuerungszulage zu bezahlen, so sind hierin Schritte unternommen worden, die allen Kollegen in ganz kurzer Zeit dazu verhelfen werden. Das 50 jährige Stiftungsfest wird in der Aprilversammlung im engsten Kreise, der Zeit entsprechend, gefeiert, der Festakt selbst soll bis zum Sommer hinausgeschoben werden.

München. Mitgliederversammlung vom 2. Februar. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Versammlung das Andenken dreier verstorbenen Kollegen. Dem abgedankten Kollegen Albert Haber (Berlin) widmete der Vorsitzende Worte ehrenden Gedenkens. Nach

Begutachtung von sechs Ausnahmegesuchen berichtete Vorsitzender Döbling über zwei Sitzungen, an denen Vertreter des Stadtmagistrats, Verwalter von Arbeitsnachweisen usw. teilnehmen und in denen die gemeindliche Erwerbslosenfürsorge besprochen und über Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit beraten wurde. Mit Entrüstung nahm die Versammlung die Mitteilung entgegen, daß einige hiesige Druckereien die Arbeitszeit in einzelnen Abteilungen auf 30 Stunden in der Woche herabgesetzt haben. Im Zusammenhange damit besprach der Vorsitzende die jüngsten Beschlüsse des Tarifamts, die für die Zukunft schlimme Aussichten eröffnen. Um vor während des Krieges hier eingerissenen Arbeitslosigkeit ernstlich zu Leibe gehen zu können, wird eine lückenlose Lehrlingsstatistik aufgenommen. Nach kurzer Aussprache über diese Angelegenheiten, in der die Einschränkung der Arbeitszeit, sowie die von einigen hiesigen Firmen beliebt wurde, scharf verurteilt und Mißbräuche beim Bezuge der gemeindlichen Erwerbslosenunterstützung festgestellt wurden, berichtete Kollege Semmerich über eine in München stattgehabte Gauleiterkonferenz und die dort gehörten Vorträge über: Fachauschüsse, Gestaltung des neuen Arbeitsrechts und Verbände auf dem Wirtschaftsmarkt. Er betonte dabei die Zweckmäßigkeit der zu gründenden Fachauschüsse bei Vergütung von Arbeiten und Verteilung der Rohstoffe und hob die Bedeutung der Arbeiterauschüsse besonders hervor. In der Debatte über diesen Bericht wurde u. a. verlangt, daß in die zu bildenden Fachauschüsse nicht Angestellte, sondern im Bereiche fähige Kollegen gewählt werden sollen. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen: „Die heutige, stark besuchte, Versammlung erhebt entschiedenen Einspruch gegen die Auslegung des Gesetzes des Demobilisierungskommissars hinsichtlich der Arbeitszeiteinschränkung auf 30 Stunden, wie sie seitens einzelner Münchener Druckereibetriebe stattfindet. Die Gehilfenschaft ist ohne weiteres bereit, eine Einschränkung der Arbeitszeit und sich daraus ergebende Nachteile in solchen Firmen auf sich zu nehmen, die dazu übergehen, eine entsprechende Zahl Arbeitsloser einzustellen und in doppelter Schicht zu arbeiten. Sie lehnt es aber entschieden ab, das Risiko des Unternehmers auf sich abwälzen zu lassen in der Form, daß die Arbeitszeit der Gehilfen bei vorhandenen Aufträgen entsprechend festgesetzt wird. Sie beauftragt den Ausschuss, unverzüglich eine Aussprache mit den Prinzipalen in dieser Frage herbeizuführen.“

Obrdruf. Die am 1. Februar abgehaltene Mitgliederversammlung hatte einen vollständigen Besuch aufzuweisen. Nach Begrüßung der Erschienenen und besonders der aus dem Felde Heimgekehrten gedachte Vorsitzender Scholz der im Weltkriege gefallenen Kollegen des Ortsvereins mit warmen Worten. Die Anwesenden ehrten deren Andenken in üblicher Weise. Nach Erstattung des Kassenberichts, der einen Rückblick über die vier Kriegsjahre gab, wurde die Vorstandswahl vorgenommen und Kollege Ballhaus zum Vorsitzenden, Kollege Schubert zum Kassierer gewählt. Sodann folgte eine längere Aussprache über die gewerkschaftliche Lage. Die neuen Teuerungszulagen wurden am Orte von den Druckereien glatt eingeleitet. Am Schluß der Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Antrage der Prinzipalskreisvertreter betreffs Auserkennung der Beschlüsse des Tarifausschusses vom 19. Dezember 1918. Die Gehilfenschaft erhebt in dem Prinzipalsantrage eine Mißachtung gegen die vom Tarifausschuss gefassten Beschlüsse sowie ein Mißtrauensvotum gegen den Buchdruckeramt und das Demobilisierungsammt. Der Ortsverein Obrdruf wird alle Kräfte einleihen, um zu verhindern, daß die uns vom 1. Januar 1919 ab zu Recht gewährte Teuerungszulage durch den Protest der Prinzipale geschmälert wird, die durch die jetzigen teuren Lebensmittelerhöhtnisse noch sehr knapp bemessen ist.“ Nachdem noch unter „Verschiedenem“ einige interne Angelegenheiten erledigt worden waren, schloß der Vorsitzende die von kollegialem Geiste durchdrungene Versammlung mit dem besten Wunsche für die Zukunft unsres Verbandes.

Schwelm. In untrer am 31. Januar abgehaltene Generalversammlung konnten wir eine ganze Anzahl Kollegen begrüßen, die den grauen Rock endgültig ausgezogen haben. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurde vom Vorsitzenden Wilken die Antwort des medienburgischen Volksministeriums auf untrer Eingabe betreffs Versteuerung untrer Teuerungszulagen verlesen. Eine Änderung im laufenden Steuerjahr ist aus technischen Gründen nicht durchführbar. Das Finanzministerium hat mit den Vorarbeiten für eine gerechtere Regelung dieser Angelegenheit für das Steuerjahr 1919/20 bereits begonnen, nämlich dahingehend, daß auch die Staats- und städtischen Beamten ihre Teuerungszulagen versteuern sollen. Der Kassenbericht wurde vom Kollegen Morab verlesen. Bis Ende 1918 hat der Ortsverein bei einer Mitgliederzahl von durchschnittlich 75 Kollegen während der Kriegsjahre an die Trauen der eingezogenen Kollegen 13011,83 Mk. Unterstützung gezahlt, die Summe wurde ausschließlich durch Beiträge aufgebracht. Der Jahresbericht des Vorstandes wurde ohne Einwendungen entgegengenommen. Die Wahlen vollzogen sich glatt. Unter, aus dem Felde zurückgekehrter Kollege Ernst Bartels hat den Vorhitz wieder übernommen. Das Stiftungsfest soll in diesem Jahre zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges durch ein Langkränzchen, verbunden mit einer Begrüßungsfeier für die heimgekehrten Kollegen, begangen werden. Der Ortsbeitrag wurde um 25 Pf. herabgesetzt. Unter Punkt „Verschiedenes“ entspann sich eine längere, lebhafteste Debatte über die Bewilligung und die Einführung der letzten (Fortsetzung in der Beilage.)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 18 — Leipzig, den 13. Februar 1919

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag, und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Steuerungszulage. Die folgende vom Kollegen Wollenberg eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme: „Der Ortsverein Schwerin protestiert entschieden gegen eine eventuelle Herabsetzung der jetzt erhaltenen Steuerungszulage. Unser Ortsverein hat schon vor Erhalt derselben des Hleren zu verstehen gegeben, daß der bisher erhaltene Lohn in keinem Verhältnisse zu der enormen Steuerlast steht. Ganz entschieden weist der Ortsverein Schwerin die Behauptung der „Zeitschrift“, daß die Kollegen in der Provinz mit den bisherigen Löhnen zufrieden gewesen sind, zurück.“

G. Am-Neuim. Unsere Generalversammlung vom 25. Januar war infolge der aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen sehr gut besucht. Vorliegender Lieberand hiess diese bezüglich willkommen. Der Mitgliederstand ist bis jetzt auf 70 gesunken. Durch den Krieg haben wir 15 Kollegen verloren. Die erneute Steuerungszulage wurde in allen Druckereien ausgeführt. Die Erhöhung des Gaubeitrags von 50 Pf. auf 1 Mk. wurde von der Versammlung gutgeheißen. Nach Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstandes erstattete Kassierer Glasbrenner den Kassenbericht vom vierten Quartal und sodann den Jahresabschlussbericht der Ortskasse. Der Aufwand für unsere selbigen Kollegen betrug im Laufe des Krieges 1317,65 Mk. Dem Kassierer wurde hierauf Entlastung erteilt. Die Remuneration wurde erhöht. Beschlossen wurde, eine Begrüßungsfeier für unsere vom Militär entlassenen Kollegen zu veranstalten. Bei der Neuwahl des Vorstandes, welche während der Kriegszeit unterblieben ist, wurden sämtliche Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Mit einem warmen Appell an die Kollegen und mit der Hoffnung, daß sich unsere Versammlungen in Zukunft wieder eines regen Besuchs erfreuen mögen, schloß der Vorsitzende die gutverlaufene Versammlung.

Befach. Die Hauptversammlung unseres Ortsvereins tagte am 25. Januar und war von 16 Mitgliedern besucht. Sechs Kollegen fielen dem Wellenbrande zum Opfer. Der Mitgliederstand ist während der Kriegsjahre von 33 Kollegen bedeutend abwärts gesunken, zeigt aber heute wieder einen Bestand von 24 Kollegen. Das auch hier das Versammlungsleben während des Krieges litt, ist selbstverständlich. Der Kassenbestand wies eine Summe von 138,82 Mk. auf. Der Beitrag mußte im ganzen auf 2,10 Mk. ab 1. Februar festgesetzt werden. Die letzten Steuerungszulagen wurden von einigen Firmen unter Vorbehalt gezahlt, doch ist nunmehr eine Einigung erzielt worden. Die Zeitungsbetriebe „Norddeutsche Volkszeitung“ und „Blumenhaier Zeitung“ hatten auch mit der sportlich-fürsorglichen Führung hier am Ort ein Sträußchen zu bestehen. Während die erstere an zwei Tagen nicht erscheinen konnte, da das Begehrter Gaswerk stillgelegt war, erschien letztere einen Tag nicht. Es besteht hier eine Vorgenur, und die Spartakisten zwingen die bürgerlichen Blätter, ihre Artikel aufzunehmen. Der starkleidende machte Mitteilungen aus dem Gewerkschaftsleben. Als Beitrag wurden pro Kopf 60 Pf. für das Quartal gefordert. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, für eine Abtrennung des Ortsvereins vom Weser-Elbe-Bezirk und den Anschluß an den Bremer Bezirk zu wirken. Das zwanzigjährige Stiftungsfest soll am 28. Februar in Wilschulens Lokal in Grola abgehalten werden. Der Beschluß, die Fahrtkosten der auswärts wohnenden Kollegen zu vergüten, wurde aufgehoben. Die Versammlungen sollen wieder regelmäßig jeden letzten Sonnabend im Monat abgehalten werden. Zur Aufnahme standen drei Kollegen; damit sind alle Kollegen Begehrter im Verband organisiert. In den Vorstand wurden u. a. gewählt: Hugo Bertram als Vorsitzender und Heinrich Segmann als Kassierer.

Weihenfels. Um Stellung zu nehmen zu der am 14. Februar stattfindenden Tarifausschubung hielt der hiesige Ortsverein am 1. Februar eine außerordentliche Versammlung ab. Eine erschöpfende Aussprache, die die gegen andre Gewerbe rüchtändige Lage der Buchdruckergehilfen kennzeichnete, führte zur Annahme folgender Entschlüsse: „Die am 1. Februar im Vereinslokal tagende, vollständig besuchte außerordentliche Versammlung des Vereins Weihenfels im Verbands der Deutschen Buchdrucker nimmt mit äußerster Entschiedenheit Kenntnis von dem Vorgehen eines großen Teiles der Prinzipale. Die Anträge der Prinzipale zu der am 14. Februar stattfindenden Tarifausschubung zeugen nicht gerade von sehr hohem Verständnis für die wirtschaftliche Notlage ihrer Gehilfen und sind in ihrem zweiten Teil eine Herausforderung schlimmster Art der Gehilfen. Die Forderung der Prinzipale auf eine Neubefugung des Buchdruckerstands ist ein Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht, der entschiedene Zurückweisung erfordert. Wir verlangen nicht nur, daß auf keinen Fall von dem abgegangen wird, was der Buchdrucker als notwendig für die Gehilfen einst beschlossen hat, sondern erwarten im Gegenteil einen der täglich steigenden Verschärfung der Lebenshaltung entsprechenden gerechten Ausgleich. Andererseits ist den Prinzipalvertretern aber klar zu machen, daß die Gehilfenentschlossen ist, alle Eingriffe in ihre Rechte und Versuche zur Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Position mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren.“

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Hundertfünfundsanzigjähriges Bestehen. Die im Verlage der Hofbuchdruckerei W. Decker & Co. in Posen erscheinende „Polener Zeitung“ feierte am 28. Januar d. J. ihr 125jähriges Bestehen. Sie ist somit die älteste deutsche Zeitung der Provinz Posen. Am Jubiläumstage überreichte der Verleger der Zeitung, Herr Kadack, seinem Personal namhafte Geldspenden. Es erhielten u. a. die Gehilfen je 50 Mk., das Stillspersonal und die Lehrlinge je 10–30 Mk.

Erhöhung der Vergütung für amtliche Bekanntmachungen und behördliche Arbeiten. In Wilhelmshaven gewährte das Bürgervorsteherkollegium den Verlegern der dortigen Blätter einen Zeilenpreis von 30 Pf. mit 15 Proz. Rabatt für die öffentlichen Anzeigen. Auf die Sätze der Druckerarbeiten wird ein Zuschlag von 40 Proz. gesetzt.

Verbot der „Rheinischen Zeitung“. Die gegenwärtig mit Erlaubnis der britischen militärischen Behörde erscheinende „Rheinische Zeitung“ wurde auf Befehl des Militär-gouverneurs auf zwei Tage suspendiert.

Verhaftung eines Redakteurs. Infolge einer Kritik der Tätigkeit des Arbeiters- und Soldatenrats verhaftete am 30. Januar vier bewaffnete Beauftragte des U. und S.-Rates den Hauptschriftleiter des „Westfälischen Tageblatts“ in Sagen. Ein 25 Mann starkes bewaffnetes Aufgebot besetzte die Redaktions- und Geschäftsräume. Wegen diesen Eingriff in die Pressefreiheit protestierte eine sofort einberufene Stadtverordnetenversammlung.

Verhaftung eines Redakteurs durch die Belgier. Der verantwortliche Redakteur des „Kirchlichen Anzeigers“ in Aleva, ein Pfarrer, hatte in dem von ihm redigierten Blatt einen Artikel veröffentlicht, in welchem das belgische Gericht eine Beleidigung der Alliierten erblickte. Das Gericht nahm an, daß die Redaktion erwartet habe, der Artikel würde von der Zensur übersehen werden, und verurteilte den Angeklagten wegen Täuschungsversuchs und Beschimpfung der alliierten Armeen zu 500 Fr. Geldstrafe.

Verhaftete Kriegsgeldfälscher. In Düsseldorf wurden die Inhaber der Druckerei Sesper & Vaillant wegen umfangreicher Kriegsgeldfälschungen verhaftet. Nach ihren eigenen Angaben haben sie 100-Mark-Scheine der Rheinprovinz im Betrage von ungefähr 400000 Mk. und 20-Mark-Scheine der Stadt Düsseldorf im Betrage von rund 400000 Mark hergestellt. Diese Beträge wurden zum größten Teile noch in den Betriebsräumen der Druckerei vorgefunden und beschlagnahmt.

Arbeitskammergesetz. Die Reichsregierung hat die zuständige Minister der Einzelstaaten zu einer Besprechung über die Schaffung eines neuen Arbeitskammergesetzes nach Berlin eingeladen.

Zur Hebung der Volksgesundheit. Ein Reichsamt für allgemeine Volksgesundheit fordern drei große Verbände für Gesundheitspflege: der Deutsche Bund der Naturheilvereine, der Verband Volksgesundheit in Dresden und der Hausarztverein Berlin in Gemeinschaft mit mehreren Ärzten. Sämtliche der Verbänden stehen zahlreiche andre gesinnungsverwandte und auch ärztliche Organisationen sowie Ortskrankenkassen. Eine an die Reichsregierung und alle Landesregierungen eingereichte Denkschrift enthält in 14 Punkten einen Arbeitsplan und die Organisation. Einem Reichsamt für umfassende Volksgesundheitspflege sollen sich Gesundheitsministerien der einzelnen Bundesstaaten und diesen wieder Abteilungen der größeren Verwaltungsbegreife und Gemeinden anschließen. Es werden gefordert Lehrstühle für Naturheillehre und andre Heil-systeme auf biologischer Grundlage an allen Universitäten und selbständige Abteilungen für biologische Heilverfahren in den öffentlichen Krankenhäusern. Die Fragen der Volksgesundheit sollen nicht nur durch Ärzte, Juristen und Verwaltungsbeamte erledigt werden, sondern Vertreter dafür, für deren Wohl die gesundheitlichen Einrichtungen bestimmt sind, sollen auf der Grundlage der Selbstbestimmung zur Mitarbeit berufen werden.

Versorgung mit Fischen. Ein recht eigentümliches Licht auf die Tätigkeit der Zentraleinkaufsgesellschaften wirkt eine Nachricht aus Holland über unsere Fischversorgung. Danach wurde der ZCO. eine größere Menge zur Ausfuhr freigegebener Salzische angeboten. Die ZCO. erwiderte auf das Angebot, daß sie kein Interesse daran habe. Aus welchen Gründen dies Angebot abgelehnt wurde, bedarf dringend der Aufklärung; oder sind wir schon so weit, daß wir uns aus Geldmangel die Einfuhr holländischer Salzische nicht mehr leisten können? Inzwischen ist die Bewirtschaftung der ausländischen Fische usw. von der ZCO. auf die Reichsfischversorgung, G. m. b. H., übergegangen, die das Einfuhrgeschäft demnächst dem Einfuhrverband übertragen wird, der sich zu diesem Zwecke zur Einfuhrindakata zusammenzuschließen wird. Schließlich hat noch der U. und S.-Z. in Cuxhaven eine Reichsfischerei auf sozialistischer Grundlage gegründet, die unter Ausschluß des Zwischenhandels die Hochseefischerei mit Regierungsdampfern betreiben will.

„Das Gold dem Vaterlande!“ So sagte man während des Krieges den armen Leuten, die das vielleicht einzige Gold, das sie an ihrem Trauring besaßen, für das Vaterland opfern sollten. Aus Düsseldorf wird uns nun geschrieben, daß nach einer Mitteilung aus Holland der frühere Kaiser Wilhelm im Verein mit dem österreichischen Kaiser schon im Jahre 1914 für 600 Mill. Mk. Gold nach Holland geschickt und dort für sich hinterlegt habe. Sollte diese Meldung sich bewahrheiten, so müßte dafür gefordert werden, daß dieses Gold dem deutschen Volke wieder zuzuführen gemacht wird.

Briefkasten

S. S. in Br.: 1. Holz traf zu spät ein. 2. Vergessen. — M. in U.: Firma existiert noch. — O. U. in D.: Eingang wird dankend beklagt. Wir werden die Angelegenheit registrieren. — M. P. in A.: Mit dem Verdan wird nächste Woche begonnen. — R. P. in Bbg.: 3,05 Mk. — E. G. in Gurl: Deinem Wunsche konnte noch entsprochen werden. — G. W. in H.: In Hamburg: Mit Güterliste und Bebauern geleitet. — Den „Allen an der Front“ unsern Gruß. Die Organisation bedarf ihrer. — G. P. in Hbg.: Auftrieb traf zu spät ein. Dient als Material zur Tarifausschubung.

□ □ □ Verbandsnachrichten □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamsiploß 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfließ, Nr. 1191.

Barmen. Dem Drucker Franz Joseph Schmidt, geb. in Bamberg 1888, ging sein Verbandsbuch (Hauptbuchnummer 62834), Gau Bamern Nr. 4713, im letzten Kriegsjahre bei Zufendung durch die Post verloren, weshalb ihm unter Nummer 10693 Rheinland-Westfalen ein neues ausgestellt und das erstere für ungültig erklärt wird.

Adressenveränderungen

Delfau. (Ort und Bezirk.) Vorsitzender: C. Lingner, Taubens- straße 68 a 1; Kassierer: R. Bäckel, Melanchthonstraße 12 II.
Friedberg. (Ort und Bezirk.) Vorsitzender: Karl Bauer, Friedberg 1, S. Köhlergasse 2.
Halbe-Halb. (Ort und Bezirk.) Vorsitzender: Karl Treß, Feldstraße 4; Kassierer: Karl Joch, Schulstraße 6.
Jena. (Bezirk und Ort.) Vorsitzender: Otto Martin, Jena, Lutherstraße 136; Kassierer: Max Heuschkel, Jena D., Breite Straße 1.
Katowice. (Machinellenvereiner.) Vorsitzender: Willi Kär- ling, Scharnau (D.-Schl.), Bauhilfsstraße 27; Kassierer: Alois Wenzel, Kattowice, Andreasstraße 3.
Knigsfeldt a. d. Donau. Vorsitzender: Georg Sprang, Große Kofengasse 5 I.
Minden i. M. Vorsitzender: Franz Dyck, Meingarten 68; Kassierer: Ludwig Schulz, Vulkanstraße 3.
Pöhlbeck i. S. Vorsitzender: Max Gohl, Tuchmacherstraße 1; Kassierer: Paul Kühn, Tuchmacherstraße 40.
Schredl. Vorsitzender: W. B. Schredl, Friedrichstraße 3 p.; Kassierer: F. Schüller, Mühlengasse 12.
Neutlingen. Vorsitzender: Emil Kern, Krämerstraße 16; Kas- sierer: Paul Müller, Beerstraße 122.
Rosenheim (Oberbayern). Vorsitzender: Richard Brock, Hau- nätterstraße 22/0; Kassierer: Michael Pösch, Billiger Straße 10 IV.
Schwerin i. M. Vorsitzender: Ernst Bartels, Bergstraße 8 II.
Sonneberg (S.-M.). Vorsitzender: Karl Berkel, Fußgänger 11; Kassierer: Kurt Fiedrich, Karlsruher Straße 35.

Zur Aufnahme gemeldet

(Eingewandten innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse):
Im Gau Bamern die Geher 1. Eduard della Torre, geb. in München 1899, ausgel. dal. 1917; 2. Franz Edentrall, geb. in München 1899, ausgel. dal. 1917; die Drucker 3. Matthias Seufert, geb. in Offenfeld 1892, ausgel. in Würzburg 1910; 4. Georg Kuntel, geb. in Nürnberg 1901, ausgel. in Barmold 1918; 5. Hans Reichenberger, geb. in München 1895, ausgel. dal. 1913; waren noch nicht Mitglieder; die Geher 6. Max Reubauer, geb. in Freyung 1898, ausgel. in Woffen 1904; 7. T. Wagner, geb. in Köchlad 1882, ausgel. dal. 1904; 8. W. H. H. der Drucker Wagon Grab, geb. in München 1885, ausgel. dal. 1903; waren noch Mitglieder. — Hans Hemmerich in München, Solstraße 24 I.
Im Gau Rheinland-Westfalen die Geher 1. Alfred Hermann Brück, geb. in Königsfeld 1888, ausgel. in Mülheim (Ruhr) 1918; 2. Franz Neumann, geb. in Essen (Ruhr) 1898, ausgel. dal. 1917; die Drucker 3. Karl Schmidt, geb. in Köln 1896, ausgel. dal. 1914; 4. Jean Nau, geb. in Köln 1867, ausgel. dal. 1886; 5. Albert Schulz, geb. in Köln 1872, ausgel. dal. 1892; 6. Peter Renz, geb. in Köln 1879; waren noch nicht Mitglieder; 7. der Geher Hermann Neumann, geb. in Köln 1882, ausgel. dal. 1900; 8. der Maschinenheuer Peter Rohhammer, geb. in Aachen 1886, ausgel. dal. 1904; die Drucker 9. Hermann Hüsch, geb. in Duisburg-Weberich 1890, ausgel. in Mülheim (Ruhr) 1909; 10. Friedrich Weber, geb. in Braunschweig 1876, ausgel. dal. 1894; 11. Wilhelm Wuri- hoff, geb. in Mülheim (Ruhr) 1882, ausgel. dal. 1900; 12. Wilh. Padde, geb. in Weisfeld 1893, ausgel. dal. 1911; 13. Ernst Pelzer, geb. in Köln 1878, ausgel. dal. 1897; 14. Wilh. Starke, geb. in Köln 1876, ausgel. dal. 1894; 15. Konrad Gerber, geb. in Köln 1876, ausgel. dal. 1895; waren schon Mitglieder. — Emil Wrede in Gießen, Oberhof 28.
Im Gau An der Saale der Geher Thilo Müller, geb. in Grehen i. Thür. 1875, ausgel. dal. 1893; war schon Mitglied. — Hugo König in Halle a. d. S., St. Klausstraße 7 I.
Im Gau Westpreußen die Geher 1. Ewald Origo, geb. in Kreuzhof (Ohrp.) 1885, ausgel. in Urd (Ohrp.) 1885; 2. Stanislaus Palawski, geb. in Swarofchin 1897, ausgel. in Dr. Stora- gard 1916; 3. Georg Mielke, geb. in Berent (Westpr.) 1898, ausgel. dal. 1916; 4. Anton Wena, geb. in Königl. Dombromen 1895, ausgel. in Thorn 1914; 5. Joseph Weh, geb. in Stubm 1897, ausgel. dal. 1914; waren schon Mitglieder. — S. M. David in Danzig-Schildh., Karlsruher Straße 80 II.

Versammlungskalender

Apolda. Versammlung Sonnabend, den 15. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftslokal „Vorwärts“.
Chemnitz. Ordentliche Hauptversammlung der Allgemeinen Arbeitervereinsvereine für Buchdrucker im Gau Erzgebirge- Vogtland (Sylb Chemnitz) Sonntag, den 16. Februar, mittags 11 Uhr, im Volksbau- „Volkshaus“, Zwickauer Straße 152.
Dre-Beitz. Versammlung am 16. Februar, mittags 4 Uhr, im „Schnaids Galtbau“, Alte Plauenische Gasse 2.

